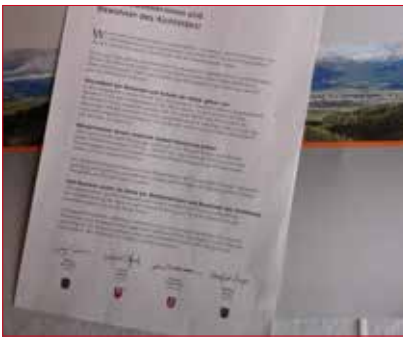


Minex, 5G-Masten, Lärm:

Die Interessen der Menschen bleiben oft auf der Strecke

Gegen die Errichtung des Minex-Werks in Zeltweg hat sich eine sehr aktive Bürgerinitiative gebildet, die mehr als 3.000 Unterschriften gesammelt hat. Die Errichtung eines 5G-fähigen Handymastes hat AnrainerInnen in Spielberg alarmiert. Lärm, sei es durch den Red-Bull-Ring, die Abfangjäger oder andere Lärmquellen ist in unserer Region leider ein Dauerbrenner. BürgerInnen die sich engagieren, stoßen sehr bald an die Grenzen, die wirtschaftsfreundliche Gesetze setzen und auf PolitikerInnen, deren Interesse und Unterstützung nach Wahlen merklich nachlässt.

Minex-Gutachten um 32.000 Euro



Die Bürgermeister der Gemeinden Fohnsdorf, Judenburg, Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg haben die Bevölkerung vor den Gemeinderatswahlen informiert, dass in Sachen Minex ein Gutachten beauftragt werden

Luxusbrief auf Steuerkosten soll. Ziel sei die Klärung der Frage, ob es durch das geplante Minex-Werk zu einer Belastung durch Asbest kommen könne. In einem Luxus-Brief, eingelegt in Karton und verschickt in A4-Kuverts, wurde der Bevölkerung versprochen, dass das Ergebnis „den Bürgerinnen und Bürgern des Aichfeldes in vollem Umfang präsentiert wird“.

Im Vorfeld der für die Beauftragung benötigten Gemeinderatsbeschlüsse hat die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ darauf hingewiesen dass, um ein vollständiges Bild zu erhalten, auch Unterlagen der Bürgerinitiative mitbegutachtet werden müssen.

Unterlagen der Bürgerinitiative sind zwingend zu berücksichtigen

Da diese Vorgangsweise als sinnvoll und notwendig erachtet wurde, haben die Gemeinderäte von Knittelfeld und Spielberg einstimmig beschlossen, dass diese Unterlagen vom beauftragten Gutachter Dipl. Ing. Dr. Robert Sedlacek mitüberprüft werden müssen. Es wurden verschiedene Gutachten, Stellungnahmen, Bescheide, Anträge und Revisionen aufgelistet, die mitbewertet werden müssen. Nachdem dies als sehr wichtig angesehen wurde, ist im Spielberger Gemeinderatsbeschluss sogar festgehalten, dass dies „**zwingend**“ zu erfolgen habe.

Das Gutachten liegt nun vor. Allerdings wird von den vielen genannten Unterlagen nur eine in der Dokumentenliste aufgeführt, die Dr. Sedlacek als Basis seiner Beurteilungen bezeichnet hat. Es handelt sich dabei um die von der Firma Minex beauftragte und erst kürzlich zugängliche Diplomarbeit von DI R. Prevoric. Außerdem geht aus dem Gutachten hervor, dass Dr. Sedlacek die Firma Minex kontaktiert hat und von der Firma weitere Unterlagen eingereicht wurden. Mit der Bürgerinitiative hingegen wurde vom Gutachter kein Kontakt aufgenommen.

Dr. Sedlacek hat auf diese Kritik in einem kurzen Schreiben erklärt, er hätte sehr wohl alle Unterlagen berücksichtigt. Es ist aber aus dem Text des Gutachtens – bis auf die Arbeit von DI Prevoric – nicht ersichtlich, dass auf die anderen Unterlagen eingegangen worden ist.

In einem von den Bürgermeistern von Knittelfeld, Spielberg, Zeltweg, Judenburg und Fohnsdorf unterzeichneten Brief erklärten diese nun, dass „seitens des geplanten Verhüttungswerkes in Zeltweg keine Gefahr für die Bevölkerung des Aichfeldes ausgeht.“

Jämmerliches Ergebnis

Die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ erklärte in einer Aussendung zum Gutachten, dass wesentliche Teile ihrer Unterlagen nicht berücksichtigt wurden und stellt fest: „wesentliche Fragen bleiben unbeantwortet, die Gefährdung durch Asbest dadurch **NICHT GEBANNT!**“. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem „jämmerlichen Ergebnis.“

32.000 Euro Steuergeld wurden für ein Gutachten verwendet, das nicht geeignet ist, vielen BewohnerInnen unserer Region ihre Befürchtungen zu nehmen. Die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ und viele Menschen, die die Bürgerinitiative unterstützen und sich Sorgen über eine mögliche Asbestbelastung machen sind enttäuscht.

Fortsetzung ↻

Hinter der Bürgerinitiative stehen über 3.000 Menschen, die sich Sorgen um die Gesundheit in der Region machen. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden.

Deshalb haben ÖVP, FPÖ und KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt, dass die Gemeinde eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Firma Minex, der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Aichfeld“ sowie DI Dr. Sedlacek fordern soll. Diese Diskussion soll in Anwesenheit der Umweltausschüsse, der Bürgermeister und der FraktionsführerInnen der am Gutachten beteiligten Gemeinden abgehalten und über Livestream der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

SPÖ lehnt Diskussion ab

Eine Podiumsdiskussion über Livestream wäre eine gute Möglichkeit die unterschiedlichen Positionen transparent gegenüberzustellen und den BewohnerInnen der Region ein Urteil zu ermöglichen. Der Antrag wurde in allen fünf Gemeinden von der SPÖ abgelehnt.

Vor den Gemeinderatswahlen wurde von den Bürgermeistern von Spielberg, Knittelfeld, Zeltweg, Fohnsdorf und Judenburg medienwirksam verkündet, dass sie die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Nach den Gemeinderatswahlen wird - ohne Kontakt mit der Bürgerinitiative aufzunehmen - einfach erklärt dass alles in Ordnung sei. Nicht einmal das Selbstverständlichste, dass über die Ergebnisse des Gutachtens mit der Bürgerinitiative öffentlich diskutiert werden kann wird ermöglicht.

Lärm - der Dauerbrenner



Der Eurofighterlärm belastet das ganze Aichfeld. Seitdem alle Einsätze von Zeltweg aus geflogen werden ist die Situation noch schlimmer.

Angesichts der Corona-Krise sollen wir die Unsummen, die die Flugeinsätze kosten, für Dinge ausgeben die wir dringend brauchen. Vor den Gemeinderatswahlen haben die SPÖ-Bürgermeister versprochen die Lärmbelastung nicht hinnehmen zu wollen. Nach den Wahlen ist aber Widerstand kein Thema mehr.

Red-Bull Ring: Tagelange Lärmbelastung

Massiver Lärm am Osterwochenende und gleich darauf fünf Tage lang Dauerlärm. Das ganze Aichfeld wurde beschallt, sogar bei geschlossenem Fenster gab es kein Entrinnen. Trotz Corona-Lockdown kann eine kleine Elite am Red Bull Ring fahren - ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Lärm bedroht die Gesundheit, angesichts der Klimakrise braucht es neue Antworten, auch auf den Motorrennsport. Trotzdem sind die BürgermeisterInnen und die LandespolitikerInnen von SPÖ und ÖVP nicht bereit die Probleme ernsthaft aufzugreifen.

Gedanken dazu im Kommentar auf Seite 3.

5G Sendeanlage in Lind



In Lind wurde ein Sendemast errichtet der auch 5G-fähig ist. Die AnrainerInnen fühlen sich nicht ausreichend informiert und haben eine Bürgerinitiative gegründet. Auch der Gemeinderat hat sich damit beschäftigt.

Der Bürgermeister verlas kommentarlos die Stellungnahme des zuständigen Bundesministeriums, wonach von Sendemasten keine Gefahr ausgehe.

Noch viele Fragen ungeklärt

Bezüglich der 5G-Technologie bestehen aber durchaus Bedenken, die nicht ausgeräumt sind. So kommt eine vom Österreichischen Parlament in Auftrag gegebene Studie zu dem Schluss, dass die Datenlage nicht ausreicht um eine mögliche Gesundheitsgefährdung auszuschließen. Fest steht, dass der Energieverbrauch bei einem flächendeckenden 5G-Ausbau massiv steigen wird. In Zeiten des Klimawandels eine wichtige Frage. Ebenso bestehen Bedenken in Punkto Datensicherheit. Um mögliche Gefahren durch die 5G Technologie auszuschließen braucht es eine transparente Forschung.

Ein massiver 5G Ausbau ist auch die Grundlage für die Roboterisierung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Ob solche Technologien in unserer profitgetriebenen kapitalistischen Gesellschaft immer zum Wohle der Menschen eingesetzt werden darf bezweifelt werden.

Fakt ist, dass die Gemeinde nach derzeit geltender Gesetzeslage keinen Einfluss auf Errichtung und Standort von Mobilfunkanlagen nehmen kann. Fakt ist aber auch, dass das Thema heikel ist und sehr viel Unsicherheit herrscht.

Der Spielberger Gemeinderat hat sich einstimmig für eine Resolution ausgesprochen, die eine Gesetzesänderung fordert, nach der Gemeinden ein Mitspracherecht bei der Errichtung von Sendemasten bekommen sollen. Von ÖVP, FPÖ und KPÖ gab es noch Anträge, die sich gegen die Errichtung von 5G Sendeanlagen in der Nähe von Kindergärten und Schulen aussprechen, bis eine Unbedenklichkeit erwiesen ist. Dafür gab es aber keine Mehrheit im Gemeinderat.

Kindergarten/Kinderkrippe Nicht mehr von der Gemeinde geführt

In Spielberg werden ein neuer Kindergarten und eine Kinderkrippe errichtet. Zum ersten Mal werden Kindergartenpädagoginnen nicht mehr von der Gemeinde angestellt werden. Wir halten das für eine falsche Entwicklung.

Zuerst wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ der Grundsatzbeschluss gefasst, dann wurden Angebote eingeholt. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen Betriebsführung und Personalbereitstellung an die Volkshilfe zu vergeben. Aus wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gründen – im Klartext, die Auslagerung kommt der Gemeinde billiger.

Kindergärten und Kinderkrippen sind - genauso wie die Schule – Bildungseinrichtungen. Bei den Volksschulen kommt auch niemand auf die Idee diese privat zu führen. Gerade wenn es um die Bildung und Erziehung von Kindern geht sollten die Kosten kein Entscheidungskriterium sein.

Wenn Trägervereine billiger sind dann ist das nur auf Kosten der Beschäftigten möglich. Wir meinen die Gemeinde sollte den Betrieb selbst führen und nicht, zumindest indirekt, Lohndumping betreiben.

Der ehemalige ÖVP-Vize Kanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterleher im Ibiza- Untersuchungsausschuss:

schaffen werde. Wirtschaftstreibenden sei es am wichtigsten, so Mitterleher, bei der Politik ein offenes Ohr zu finden. „Und mit Spenden ist dieses Ohr durchaus erreichbar.“ Als Politiker wisse man schon, was von Spendern gewünscht wird, ohne dass sie es ausdrücklich sagen müssten. Gemeinsamer Nenner aller Wirtschaftstreibenden sei das Ablehnen von Vermögenssteuern. Österreich sei eines von wenigen Ländern, in denen es diese nicht gibt.

*Liebe Spielbergerinnen
und Spielberger!*

Unsere Gesellschaft braucht kritische Menschen!

BürgerInnen die sich engagieren, ihre Stimme gegen Missstände erheben oder sich in Bürgerinitiativen organisieren haben es oft nicht leicht. Neben Zustimmung schlägt ihnen sehr oft Unverständnis entgegen, sie werden als Querulanten abgestempelt, ihre Anliegen ins lächerliche gezogen oder totgeschwiegen.

Wie schwer es einem gemacht wird und wie ohnmächtig BürgerInnen oft ist, erfahren viele erst wenn sie selbst betroffen sind. In Lind wurde ein 5G-fähiger Sendemast errichtet. Die besorgten BürgerInnen mussten sehr bald zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeinde kaum Möglichkeiten hat dies zu verhindern und dass das Telekommunikationsgesetz vor allem die Interessen der Telekommunikationskonzerne schützt.

In Sachen Minex ist die „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Aichfeld“ seit Jahren aktiv. Das kostet viel Zeit, Energie und nicht zuletzt auch Geld. Will man in einem Verfahren Einspruch erheben braucht man Rechtsanwälte und Gutachten. Oft ist man mit den Rechtsabteilungen mächtiger Konzerne konfrontiert. Der Zugang zum Recht hängt auch wesentlich von den finanziellen Möglichkeiten ab.

Noch schlimmer wird es, wenn Gesetze Konzerninteressen auf den Leib geschneidert werden. So geschehen in Sachen Red-Bull Ring. Das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz erlaubt hohe Lärmbelastungen und schränkt die Rechte von AnrainerInnen massiv ein. Nicht umsonst wird es deshalb auch als „Lex Spielberg“ bezeichnet.

Zu Ostern(!) und auch an den folgenden Tagen war die Belastung durch Motorenlärm unerträglich. Im Freien wurden Spitzen bis zu 80dB gemessen, im Innenraum an die 50 dB. In Knittelfeld, St. Margarethen, ja sogar bis ins Lobmingtal war der Lärm zu hören. Zur Veranschaulichung: Bei 80 dB wird im Produktionsbereich das Tragen von Gehörschutz vorgeschrieben. Dass Lärm die Gesundheit gefährdet ist eine Tatsache. Das stört die Verantwortlichen des Projektes Spielberg und die verantwortlichen PolitikerInnen offensichtlich nicht.

Wenn man in die Geschichte blickt sieht man, dass Gefahren oft nur ungenügend erforscht oder kritische Ergebnisse unterdrückt wurden. Ob im Fall von Asbest, Feinstaub, Atomenergie, DDT oder anderen Schadstoffen, oft wurden Warnungen - vor allem aus Profitinteressen - lange ignoriert. Bis manche Schäden so deutlich wurden, dass reagiert werden musste. Oft genug waren die verantwortlichen PolitikerInnen nicht auf der Seite Menschen, sondern im Dienste von Wirtschaftsinteressen, (siehe auch nebenstehende Aussagen von Reinhold Mitterleher)

Deshalb ist es auch so wichtig, dass es Menschen gibt, die die Dinge kritisch hinterfragen, die Mut und einen langen Atem haben und trotz aller Widrigkeiten bereit sind sich einzubringen, meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Viele Menschen brauchen Hilfe: Für einen raschen Ausbau der kostenfreien psychischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote!



Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, Zukunftsängste, Überlastung, Einsamkeit und Isolation sind auch eine psychische Belastung. Die Corona-Krise hat die Situation noch verschärft.

Immer öfter und dringender weisen Fachleute in diesem Zusammenhang auf die drastische Zunahme von psychischen Problemen hin. Dramatisch ist auch die Situation vieler Kinder und Jugendlicher.

Regelmäßige Suizidgedanken!

Die Donau Uni Krems und die Medizinische Universität Wien berichten von dramatischen Ergebnissen nach einer Befragung von rund 3000 Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren im Februar. Mehr als die Hälfte leiden unter depressiven Symptomen, jede/r sechste Befragte hat suizidale Gedanken. Die Studienleitung betont die Verzehnfachung von Symptomen und Ängsten. 16 Prozent haben regelmäßig – oft täglich – suizidale Gedanken! Die befragten jungen Menschen empfinden in beinahe jedem 2. Fall keine Lust, keine Freude mehr, Interessen und Konzentration lassen nach, sie schlafen sehr schlecht.

Zu wenig Angebote

Schon bisher war das Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebotes bei psychischen Problemen keinesfalls ausreichend. Das hatte zur Folge, dass viele Betroffene die nötige Behandlung gar nicht, oder oft sehr spät erhalten haben. Dieser Mangel hat PatientInnen vielfach gezwungen in den wahlärztlichen Bereich auszuweichen. Eine Möglichkeit die Menschen mit geringem Einkommen verwehrt ist.

Die Chancen für eine bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht vom Einkommen abhängig sein - es darf keine Zwei-Klassen-Medizin geben! Der schnelle Ausbau der Beratung und Behandlung psychischer Probleme ist daher ein Gebot der Stunde. „Koste es was es wolle“ muss auch auf diesem Gebiet die oberste Prämisse sein. Hier zu sparen, kann tödlich sein!

Antrag der KPÖ

Die KPÖ hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt, der Gemeinderat soll von der österreichischen Bundesregierung sowie von der steirischen Landesregierung fordern folgende Punkte umzusetzen:
1. Rasche und flächendeckende Ausweitung eines kos-

tenfreien psychologischen und psychotherapeutischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebotes sicherzustellen. Dabei ist der notwendigen Versorgung von Kindern und Jugendlichen besonderes Augenmerk zu schenken. **2.** Bis es ausreichende kostenfreie Angebote in diesen Bereichen gibt sind Wahlarztkosten von der öffentlichen Hand zu übernehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Das ist gut, aber Resolutionen sind nur ein Anstoß. Deshalb wäre es wichtig, dass alle Parteien sich sofort dafür einsetzen die Situation zu verbessern.

Kriseninterventionsteam
0800/500 154
PSN
03512 44988
Kinderschutzzentrum
03512 75 74 1
Telefonseelsorge
142

Go-On Suizidprävention
0664 88 69 40 95
Frauenhäuser
0316 42 99 00

Nein zur Airpower!

In den letzten Wochen wurde darüber spekuliert, ob es im nächsten Jahr eine Airpower geben wird. Die FPÖ hat sich klar dafür ausgesprochen. Wir halten allein schon den Gedanken an die Abhaltung der Airpower für absurd.

Für viele Menschen hat die Corona-Pandemie schon jetzt massive Auswirkungen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme werden in den nächsten Monaten noch zunehmen. Geld für eine Waffenschau auszugeben ist untragbar.

Neben der Corona-Krise hat auch die Klimakrise nichts an Schärfe verloren. Hunderttausende Liter Treibstoff für ein Kurzzeit-Event in die Luft zu blasen ist unverantwortlich.

Rechnungsabschluss für 2020: Die Corona-Krise macht die Unterfinanzierung der Gemeinden deutlich



Die KPÖ hat das Budget für das Jahr 2020 abgelehnt. Ein wesentlicher Grund dafür war der Protest gegen die Unterfinanzierung der Ge-

meinden. Für immer mehr Aufgaben stellen Bund und Land viel zu wenig Geld zur Verfügung. Damals war die Corona-Krise noch nicht absehbar. Durch Corona wurde noch viel deutlicher, dass viel zu wenig Geld in die Gemeinden fließt.

Obwohl mehrere Projekte zurückgestellt wurden, weist der Ergebnishaushalt ein Minus von rund 490.000 Euro auf. Für Investitionen gab es Zuschüsse, aber die notwendigen Mittel für den laufenden Betrieb fehlen. Die Zuschüsse für die Gemeinden fließen teilweise nur in Form von Krediten. Das „koste es was es wolle“ des Bundeskanzlers gilt also nicht für die Rettung der von der Coronakrise stark betroffenen Gemeindefinanzen. Die KPÖ hat gegen den Rechnungsabschluss gestimmt.

Eröffnungsbilanz und Doppik: Rechnerische Grundlage für Privatisierungen

Die Gemeindefinanzen wurden auf das System der Doppik umgestellt. Ein Buchungssystem, das in der Privatwirtschaft angewendet wird. Eine Umstellung, die sehr kosten- und zeitintensiv war und zu der die Gemeinden zwangsverpflichtet wurden.

Beschlossen wurde diese Umstellung im Landtag in Umsetzung einer Vorgabe der EU. Mit der Doppik wurden die rechnerischen Voraussetzungen geschaffen, dass Gemeindebetriebe leichter privatisiert werden können. Die KPÖ hat im Landtag gegen die Umstellung auf die Doppik gestimmt.

Mit der Einführung der Doppik wurden die Gemeinden auch verpflichtet eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. In aufwendigen Vorarbeiten mussten alle Vermögenswerte - von den Gemeindestraßen bis zum Schreibtisch des Bürgermeisters finanziell bewertet werden.

Damit wurde das Vermögen der Gemeinden erfasst und ist damit für Privatisierungsgelüste sichtbar. Die Gemeinden sind nun untereinander vergleichbar und können bewertet werden. Das kann auch Auswirkungen auf die Bonität und damit auf die Höhe von Kreditzinsen haben. Die KPÖ hat die Eröffnungsbilanz aus diesen Gründen abgelehnt.

Corona-Hilfsfonds verlängert

Im Gemeinderat wurde im Vorjahr ein Corona-Soforthilfsfonds beschlossen. Damit sollen SpielbergerInnen unterstützt werden, die auf Grund der Corona-Pandemie arbeitslos geworden oder in Kurzarbeit sind. Der Fonds ist mit 50.000 Euro dotiert. Nachdem nur bisher weniger als 20.000 Euro ausbezahlt wurden, wurde die Antragsfrist bis Ende dieses Jahres verlängert. Ansuchen können bei der Gemeinde abgegeben werden.

Einrichtungsvergabe ohne Ausschreibung

Für den neuen Kindergarten und die Kinderkrippe wurden zahlreiche Aufträge vergeben, von den Dachdeckerarbeiten bis zur Haustechnik oder den Schlosserarbeiten. Gegen einen dieser Aufträge, die Vergabe der Einrichtung, haben wir gestimmt weil es dafür nur ein Anbot gab. Es wurde argumentiert diese Firma sei von der Bundesbeschaffungsagentur als geeignet vorgeschlagen worden. Das ist für uns allerdings kein Grund auf Vergleichsangebote zu verzichten.

Leserbrief

ATB, das tut weh!

Als das Kohlebergwerk in Fohnsdorf geschlossen wurde, hat die damalige Regierung versprochen aus der Region Aichfeld-Murboden eine Musterregion zu machen. Ein Kernstück dieser Musterregion war das Motorenwerk in Spielberg. Das Werk brachte viele Arbeitsplätze, besonders für Frauen.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem ersten Direktor der ATB. Dieser meinte damals, dass Motoren immer gebraucht werden, das Werk aber, wenn es eine Zukunft haben soll, in Forschung und Entwicklung investieren muss. Statt langfristig zu planen war aber kurzfristiger Gewinn wichtiger. Das Werk wurde mehrmals privatisiert und immer mehr Bereiche ins Ausland ausgelagert. Die Motorenforschung verschwand ganz aus Spielberg und die Arbeitsplätze wurden reduziert.

Nun haben fast alle, die noch bei der ATB beschäftigt waren, ihren Arbeitsplatz verloren. Menschen die sich eine Existenz aufgebaut haben, ganze Familien die jahrzehntelang dort gearbeitet haben. Viele müssen jetzt umschulen, in Bereichen mit denen sie bisher nichts zu tun hatten, zum Beispiel die Pflege. Andere sind zu alt um überhaupt noch Chancen am Arbeitsmarkt zu haben. Sie alle wurden aus einem sicheren Umfeld gerissen und blicken in eine ungewisse Zukunft.

Diese Zusperr- und Privatisierungspolitik nimmt nicht nur den direkt Betroffenen ihre Zukunftsaussichten, sondern beraubt der Region auch einer Entwicklungsmöglichkeit. Eine gesunde Region braucht eine industrielle Basis und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Leopold Pacher, KPÖ-Gemeinderat a. D., Knittelfeld

8. März, Internationaler Frauentag: Trotz Corona: Aktionen zum Frauentag fanden statt!

Der Internationale Frauentag wird weltweit seit 1911 am 8. März begangen. Sein Ziel war es von Anfang an Gleichberechtigung von Frauen und Männern herzustellen. Die KPÖ und der Bund Demokratischer Frauen erinnerten mit Aktionen daran, dass wesentliche Forderungen noch immer unerfüllt sind.

Seit der Corona-Krise sind die Lebensbedingungen für viele Menschen deutlich schlechter geworden. Wie so oft in unserer Gesellschaft sind Frauen besonders schwer betroffen. Deshalb war es für uns wichtig gerade jetzt in Aktionen zum Internationalen Frauentag auf die zahlreichen Probleme aufmerksam zu machen.



Aktion der KPÖ zum Internationalen Frauentag am Knittelfelder Hauptplatz.



Nelkenverteilung in Spielberg.

Die Beschäftigten im Handel, in der Pflege, im Dienstleistungssektor oder im sozialen und im pädagogischen Bereich werden als „systemrelevant“ bezeichnet. 78% der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen, 72 % in pädagogischen Berufen, auch im Handel arbeiten vor allem Frauen. Die körperlichen und seelischen Belastungen dort sind stark gestiegen, die Bezahlung ist aber nach wie vor ungenügend. Statt gerechter Entlohnung gibt es schöne Worte - die kosten nämlich nichts.

Auch am Arbeitsmarkt ist es für Frauen schwieriger geworden. Sie wurden häufiger gekündigt und finden auch schwerer eine neue Anstellung als Männer. Das wird sich auch auf die Höhe zukünftiger Pensionen und damit auf die Entwicklung der Altersarmut auswirken: Schon jetzt erhalten Frauen in Österreich im Schnitt um 40 % geringere Pensionen als Männer.

Ein Großteil der zusätzlichen Familienarbeit im Lockdown wird von Frauen getragen. Neue Belastungen durch Homeoffice und Homeschooling sind hinzugekommen. 62 zusätzliche Stunden in der Woche wenden Frauen in Österreich dafür auf, Männer 23 Stunden.

Die steirischen Frauenhäuser sind derzeit zu 90% ausgelastet. Das bedeutet einerseits, dass die Fälle von häuslicher Gewalt angestiegen sind, andererseits trauen sich auch mehr Betroffene Hilfe zu suchen.

Diskriminierung ist kein Naturgesetz!

Die Geschichte zeigt, dass Frauen immer wieder für ihre Rechte kämpfen mussten. Wer davon ausgeht, dass es alle Menschen schaffen können zumindest ein gutes Leben zu führen, wenn sie nur tüchtig und zielstrebig genug sind, irrt gewaltig. Denn es gibt ungleiche Voraussetzungen, je nach Herkunft und Geschlecht.

Die Diskriminierung von Frauen hat zwar im Kapitalismus System, sie ist aber kein Naturgesetz! Man kann sie überwinden und deshalb werden wir uns auch weiterhin konsequent für eine echte Gleichberechtigung und Gleichstellung einsetzen!

Was wir brauchen!

- **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!**
- **Erhöhung des Arbeitslosengeldes!**
- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Ausbau von Einrichtungen zum Gewaltschutz!**
- **Einen finanziellen Bonus für Alleinerziehende!**
- **Ein Arbeitsmarktpaket für Frauen!**
- **Mindestlehrlingsentschädigung in allen Branchen!**
- **Verpflichtende Väterkarenz!**

Sprechstunde mit Sozialberatung

**KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber
Mittwoch, 5. Mai
KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240**

Ukraine: Die Kriegsgefahr in Europa steigt

In der Ukraine schwelt seit 2014 ein Bürgerkrieg. In den vergangenen Wochen wurde uns dieser Konflikt wieder in Erinnerung gerufen. Ein Konflikt, der das Potenzial hat, sich zu einem Krieg auszuweiten - und der findet dann in Europa statt.

Zur Geschichte: 2014 wurde die gewählte Regierung nach Unruhen in Kiew und anderen Städten auch mit westlicher Hilfe gestürzt. Die neuen Machthaber waren anti-russisch ausgerichtet, daher kam es in Folge zu Unruhen in den mehrheitlich russisch besiedelten Gebieten der Ukraine.

Zwei Regionen, Donezk und Lugansk, haben sich als unabhängig erklärt und diese Unabhängigkeit mit russischer Unterstützung behauptet. Die Halbinsel Krim, historisch ein Teil Russlands, ist der Russischen Föderation beigetreten. In einer Volksabstimmung, an der 87 Prozent der Bevölkerung teilgenommen haben, haben fast 97 Prozent für diesen Schritt gestimmt.

Viele Gespräche konnten bisher keine Lösung bringen. Im März dieses Jahres hat der ukrainische Präsident ein Dekret unterzeichnet, wonach es nun die offizielle Leitlinie der ukrainischen Außenpolitik sei die Krim von Russland zurückzuholen. Auf der Krim haben 77 % der Bevölkerung Russisch als Muttersprache und dort liegt in Sewastopol auch der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte,

Ukrainische Militärs drängen darauf in die abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk einzumarschieren. Besondere Brisanz hat die Lage auch dadurch, dass die Ukraine immer stärker in die Nato drängt, die seit dem Zusammenbruch des Sozialismus

SPÖ-Resolution Aktion 40.000

Die SPÖ hat eine Resolution eingebracht der Gemeinderat solle von der Regierung in einer „Aktion 40.000“ die Förderung neuer Arbeitsplätze fordern. Wir haben dieses Anliegen unterstützt, für eine nachhaltige Lösung sind solche Aktionen aber zu wenig.

Kurzfristig mit befristeten Förderungen Arbeitsplätze zu schaffen bringt einigen Menschen für einige Zeit Arbeit. Solche Aktionen sind aber nur allzuoft eine indirekte Wirtschaftsförderung. Betriebe stellen mit staatlicher Förderung Beschäftigte ein, die sie vielleicht ohnehin gebraucht hätten. Oder die Arbeitsplätze verschwinden rasch wieder wenn die Förderung ausläuft.

Eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich schafft langfristig und nachhaltige Arbeitsplätze. Das muss die Forderung der Stunde sein. Die Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Jetzt erledigt ein Beschäftigter oft die Arbeit mehrerer KollegInnen. Den Profit aus Rationalisierungen hatten bis jetzt nur die Betriebe. Das Menschenrecht auf Arbeit lässt sich nur mit einer Arbeitszeitverkürzung umsetzen.

- trotz gegenteiliger Zusagen - immer näher an die russische Grenze vordringt.

Russland hat Truppen an der Grenze zusammengezogen. Die USA liefern Waffen in die Ukraine. Wenn es zu einem größeren Krieg in der Ukraine kommt, findet dieser in Europa statt. Die Ukraine liegt geographisch näher als Frankreich. Geht die NATO, mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden, auf Konfrontationskurs mit Russland wird daraus ein Konflikt der Atommächte.

Der Frieden in Europa muss bewahrt werden! Dafür braucht es die Lösung der Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln und keine Einmischung von außen. Es bräuchte eine kollektive Sicherheitsstruktur unter Einbindung Russlands. Ein Österreich das seine Neutralität ernst nimmt, könnte dazu einen Beitrag leisten.

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook



Ich sehe die Erde. Sie ist so wunderschön!

*Juri Gagarin,
Erster Mensch
im Weltall*

Wir alle sind verpflichtet sie zu bewahren!



Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnis“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 944, 8720 Knittelfeld

Undurchsichtiges Millionengeschäft: Aufträge für Impfungen und Tests an Privatfirma vergeben!

Allgemein herrscht in Österreich ein Impfchaos mit viel zu wenig Impfdosen, undurchsichtigen Reihungen oder ständig besetzten Auskunftsnummern. Die Bundesregierung hat bei der Organisation nicht einmal die Österreichische Gesundheitskasse eingebunden, obwohl dort die Daten aller Versicherten bereits vorhanden sind. Besonders schlimm ist die Situation aber in der Steiermark.



Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei den Corona-Impfungen. Statt auch hier bestehenden Ressourcen, wie Gemeinden oder gemeinnütziger

Organisationen zu nutzen, wurde ein privates Gesundheitsunternehmen beauftragt, Massentests und Impfungen durchzuführen – dort fehlt aber das Personal.

Nicht nur die Massentests, auch die Impfungen wurden an die Firma Kastanienhof übertragen, die in Graz eine Privatklinik betreibt. Da dieses Unternehmen gar nicht über das nötige Personal verfügt, um alle Tests und Impfungen durchzuführen, werden Drittfirmen beauftragt – an den Teststraßen meist das Rote Kreuz – das dem Vernehmen nach bei der Ausschreibung gar nicht berücksichtigt wurde.

Verträge offenlegen!

Diese Vorgänge werfen viele Fragen auf, die die KPÖ in Form einer Anfrage an die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) gerichtet hat. Unter anderem verlangt die KPÖ eine Offenlegung der Ausschreibung und der Verträge. Unklar ist, wer über-

haupt zur Angebotslegung eingeladen wurde. Auch ist unklar, welche Qualifikationen beim eingesetzten Personal vorausgesetzt werden und wie es rekrutiert und bezahlt wird. Bis jetzt ist die Landesrätin die Antwort auf diese Fragen schuldig geblieben.

Kosten sind geheim

Es ist schon fragwürdig genug, dass das Land auf eine private Firma zurückgreift um die Tests und Impfungen durchzuführen. Dass dann die Wahl auf ein Unternehmen fiel, das wegen Personalmangel selbst eine weitere Firma braucht ist ungeheuerlich. Die Verträge und die Ausschreibung sind geheim. So weiß man auch nicht, wieviel an die Privatfirma bezahlt wird. Es liegt der Verdacht nahe, dass sich hier jemand auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer eine goldene Nase verdient.

Monatelang haben die Bundesregierung und die Länder getrommelt, dass die Impfung der Ausweg aus der Corona-Krise sei. Es werden gewaltige Staatsschulden angehäuft, bis jetzt rund 60 Milliarden Euro, die irgendwann einmal zurückgezahlt werden müssen. Laut WIFO kostet ein Tag der Corona-Krise volkswirtschaftlich 190 Millionen Euro - vom menschlichen Leid, den Überlastungen und Problemen und den vielen gefährdeten Existenzen ganz zu schweigen.

Unverantwortliche Entscheidungen

Es wäre also die Aufgabe der Regierung alles zu tun um möglichst viele Impfdosen zu erhalten und den Ablauf der Impfungen optimal zu organisieren damit die Pandemie so kurz wie möglich dauert. Stattdessen werden immer mehr Bestellpannen bekannt und in der Steiermark lässt die Landesregierung ein Privatunternehmen Profit machen, das gar nicht über die nötigen Ressourcen verfügt um einen optimalen Ablauf zu gewährleisten. Das ist ein fahrlässiger Umgang mit unserer Gesundheit und mit Steuergeldern!

Kein Profit mit der Pandemie! Impfstoffe müssen patentfrei werden!



Es wäre möglich, schneller Corona-Impfstoffe zu produzieren wenn die Patente aufgehoben werden würden. Regierungen könnten und sollten dies einfordern. Denn Milliarden an Steuergeld fließen in die Grundlagen-

forschung, in die Förderung von Impfstoffherstellern und später in den Einkauf der Impfstoffe.

Die Pharmakonzerne werden mit Milliarden überschüttet, dabei kennt man weder die tatsächlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, noch die Kosten der Produktion pro Dosis und erst recht nicht die unterschiedlichen Konditionen für die Länder

oder, ob die Hersteller wirklich komplett für Nebenwirkungen und Produktfehler haften.

Die WHO hat die Pharma-Konzerne aufgerufen Patente und Daten in einen gemeinsamen Pool einzuspeisen. Bis heute ist keine Unternehmen dieser Aufforderung gefolgt. Eine Pandemie kann nur global beendet werden. Deshalb sollten Impfstoffe Gemeingut sein und die Patente aufgehoben werden.

Der Landtagsantrag der KPÖ, das Land solle die Bundesregierung auffordern alle Maßnahmen zu ergreifen um eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 zu ermöglichen und in Richtung der Aufhebung des Patentschutzes wirken wurden von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen abgelehnt.